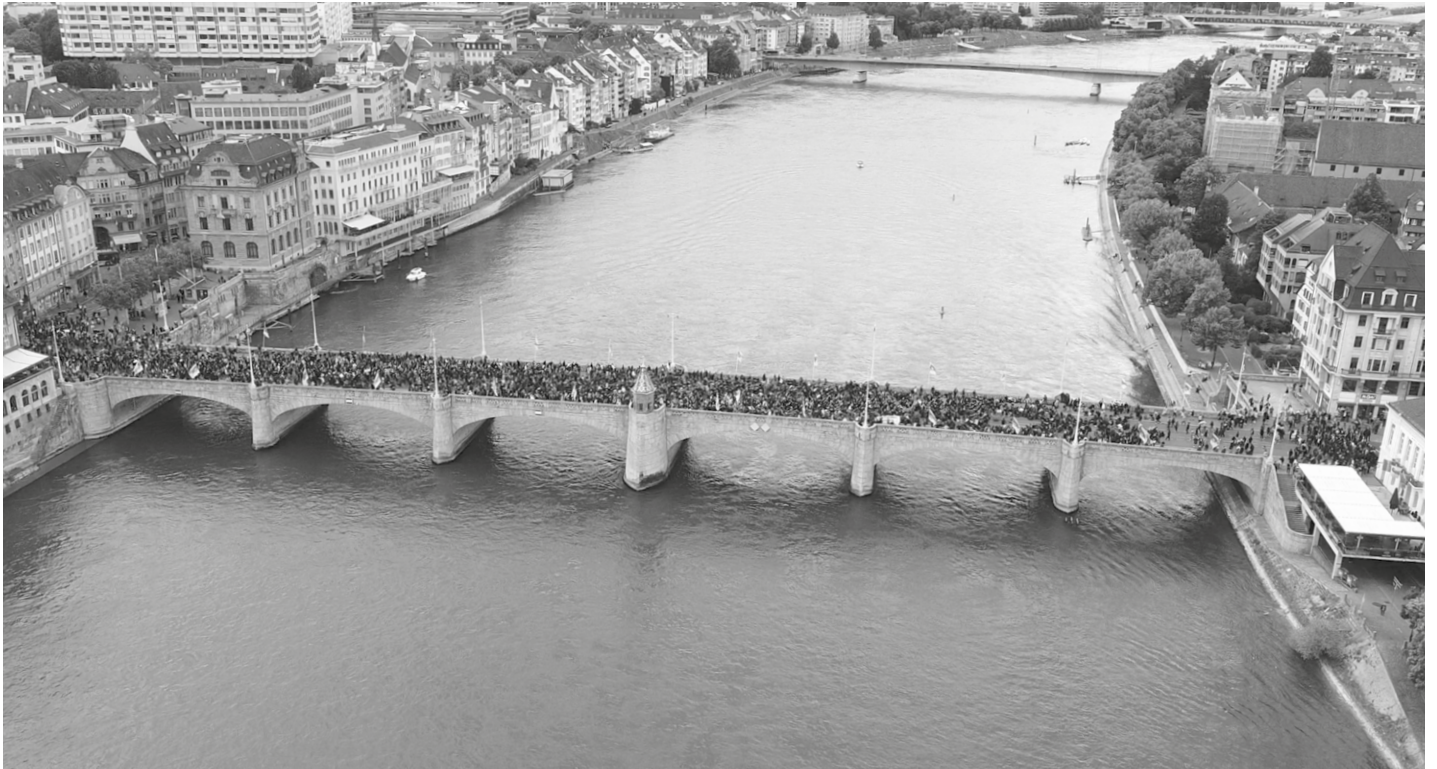


Stimme der Sans-Papiers

Basel, Oktober 2020 / Ausgabe Nr. 51

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel und der Sans-Papiers-Kollektive Basel



Black Lives Matter Demonstration auf der Mittleren Brücke, 6. Juni 2020.

HÄRTEFALLREGELUNG

In Unsicherheit leben – warum und bis wann?

Im September tagte erneut die Härtefallkommission, da das Migrationsamt Gesuche ablehnen wollte. Die Medienmitteilung der Sans-Papiers-Kollektive Basel vom 9. September 2020.

Vor bald zwei Jahren haben wir mit Unterstützung der Anlaufstelle für Sans-Papiers zehn Härtefallgesuche beim Migrationsamt Basel-Stadt eingereicht. Nachdem wir vergangenes Jahr darauf hingewiesen haben, dass die langen Wartezeiten sehr schwierig für uns sind, haben sechs von uns eine positive Antwort erhalten, eine siebte dann kurz danach. Nun sind noch drei der Gesuche offen. Zudem wurden in der Zwischenzeit auch noch Notfallgesuche eingereicht, von denen auch noch drei offen sind.

Das Migrationsamt beabsichtigt, alle sechs offenen Gesuche abzulehnen. Eine Ablehnung wäre für die Betroffenen das Ende, ein Schlag in den Rücken, traumatisch. Eine Ablehnung würde bedeuten,

aus dem in all den Jahren aufgebauten Leben in Basel herausgerissen zu werden, und in Länder zu müssen, in denen wir schon lange nicht mehr gelebt haben.

Die Regularisierungsfrage wird noch wichtiger durch die Corona-Pandemie.

telpunkt Basel ist. Für viele andere entscheidet er über ihre Zukunft. Denn einige sind bereit, auch ein Gesuch einzureichen. Aber es ist noch immer nicht klar und verständlich, wann eine Regularisierung

möglich ist und wann nicht. Wenn die sorgfältig ausgewählten und lange vorbereiteten Gesuche, um die es jetzt geht, keine Bewilligungen erhalten, sieht es nicht gut aus.

Entscheidender Moment

Da die Folgen einer Ablehnung so schwerwiegend wären, prüft am kommenden Dienstag die Härtefallkommission die Gesuche. Dies ist ein entscheidender Moment für uns. Für diejenigen, deren Gesuche es sind, entscheidet er über ihr Leben, deren Mit-

Zukunft mit Bewilligung

Wir brauchen nicht schon wieder eine Verschärfung der Härtefallregelung. Was wir eigentlich brauchen, ist eine kollektive Regularisierung, wie sie auch Nachbarländer der Schweiz schon durchgeführt haben. Wir brauchen Bewilligungen für alle von uns. Nur so können wir wirklich eine Stimme haben und anerkannter Teil der Gesellschaft sein.

Zumindest brauchen wir tiefere Kriterien der Härtefallregelung. Wir haben nicht alle dieselben Voraussetzungen. Es ist wichtig, dass die individuellen Situationen beachtet werden. Und dass alle die



Möglichkeit haben, eine Bewilligung zu erhalten. Die Kriterien sind im Moment so hoch, dass nur wenige von uns ein Gesuch einreichen können. Das muss sich ändern.

Lösungen sind notwendig

Noch wichtiger wird die Frage der Regularisierung durch die Corona-Pandemie. Wir haben viel Unterstützung erfahren in dieser schwierigen Zeit, für die wir sehr dankbar sind. Wenn wir aber alle eine Bewilligung hätten, wären wir unabhängiger und bräuchten keine spezielle Unterstützung. Im Gegenteil könnten auch wir dann in den vielen Freiwilligen-Projekten mithelfen und andere unterstützen. Die Corona-Pandemie zeigt noch einmal auf, dass eine Regularisierung von Sans-Papiers für die ganze Gesellschaft gut ist.

Es ist jetzt an der Zeit, Lösungen zu finden, denn ohne Bewilligung zu leben, ist sehr schwierig. Wir bitten alle, uns zu unterstützen, damit wir endlich ein normales Leben haben können. Wir wollen an der Gesellschaft teilnehmen wie alle anderen, mit allen Rechten und Pflichten. Wir sind schon jetzt Teil von Basel. Wir möchten gerne auch anerkannte Baslerinnen und Basler mit Bewilligungen sein. Denn ohne Bewilligungen können wir nicht frei sein.

Sans-Papiers-Kollektive Basel

Zur Entscheidung der Härtefallkommission siehe den Beitrag der Anlaufstelle auf der nächsten Seite.



Logo-Wettbewerb

Die Sans-Papiers-Kollektive Basel haben im Frühling unter ihren Mitgliedern einen Wettbewerb für ein gemeinsames Logo lanciert. Von den sieben eingegangenen Vorschlägen hat die «Baslerstab-Faust» von Tom Maler gewonnen.

Unsicherheiten und Beständigkeit

Wie gestalten wir unsere Beratung in diesen unsicheren Zeiten und was tut sich in der politischen Arbeit? Von Druck und Not bei den Sans-Papiers und von ernüchternden Entscheiden aus dem Migrationsamt.

Viele Menschen müssen sich seit der Verbreitung des Corona-Virus mit Unsicherheiten auseinandersetzen. Gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial gibt es neue Bedingungen und Risiken, mit denen wir einen Umgang finden müssen. Sans-Papiers kennen die Erfahrung, dass das Leben voller Unsicherheiten ist. Die Corona-Krise hat aber bei vielen besonders existenzielle Fragen aufgeworfen.

Beratungsthemen

Wir haben bei der Anlaufstelle in den letzten Monaten viel von diesen Unsicherheiten erfahren und viele Gespräche geführt. Bei einigen Fragen fallen die Beratungen leichter: «Kann ich auch als Sans-Papiers einen Corona-Test machen?» «Ja!». Bei anderen sind sie deutlich schwieriger: «Kann ich noch länger Unterstützung erhalten, wenn meine Arbeitgebenden mir weiterhin keine Aufträge geben?» «Das hängt von deiner persönlichen Situation und dem Corona-Nothilfe-Fonds der Anlaufstelle ab.» Und in manchen Fällen ist auch gar keine Beratung gewünscht: «Danke euch für alles. Aber ich kann in der aktuellen Situation nicht mehr selber für mich sorgen und kann keine Unterstützung annehmen. Ich ziehe weiter und suche mein Glück woanders.»

Wir bleiben flexibel

Auch bei der Anlaufstelle selbst gibt es viele Unsicherheiten. Wie wird sich die wirtschaftliche Situation der Sans-Papiers in den nächsten Wochen und Monaten verändern? Wie viele der Sans-Papiers mit Schwierigkeiten werden den Weg zur Anlaufstelle finden? Wie viele Mittel zur Unterstützung von Sans-Papiers in Not werden wir zur Verfügung haben? Was bedeutet das alles mittelfristig für die Sans-Papiers und entsprechend auch für die Anlaufstelle?

Wir haben einen Modus gefunden, wie wir die wichtige Beratungs- und Unterstützungsarbeit auch in diesen Zeiten leisten können. Dazu gehört auch, dass wir flexibel bleiben und uns immer an die aktuellen Gegebenheiten anpassen. Der Druck bei den Sans-Papiers ist sehr gross. Der Bedarf an direkter Notunter-

stützung ist nach wie vor da, auch wenn einige – zumindest teilweise – wieder arbeiten können. Mit zunehmender Dauer dieses zusätzlichen Drucks nehmen auch die psychologischen und psychosozialen Folgen zu und entsprechend auch der Beratungsbedarf in diesem Bereich. Wir folgen beständig den aktuellen Problemen und begleiten die Sans-Papiers im Alltag wie auch in der Krise.

Wieder korrigiert die Kommission

Neben Corona gibt es auch noch andere Themen. So arbeiten wir nach wie vor intensiv daran, die Möglichkeiten zur Regularisierung in Basel zu verbessern. Nachdem das Migrationsamt Basel-Stadt im Frühling 2018 ein neues Merkblatt zur Härtefallregelung veröffentlicht hat, haben wir im November 2018 zehn Gesuche eingereicht, um die neue Regelung zu testen. Auf den öffentlichen Druck einer Demonstration der Sans-Papiers-Kollektive ein Jahr später hat das Migrationsamt erste Entscheide gefällt und sieben Gesuche gutgeheissen. Ein grosser Erfolg, aber noch unklar in der Bedeutung, solange die Sans-Papiers der drei noch offenen Gesuche weiterhin warten und hoffen mussten.

In diesem Sommer kam nun der grosse Schock: das Migrationsamt wollte die drei noch offenen Gesuche ablehnen. Und dies, obwohl die Kriterien und die Gesuche in jahrelangen Gesprächen vorbesprochen worden waren, obwohl das Amt zwei der drei Gesuche bereits in einer anonymen Vorprüfung für gut befunden hatte, und obwohl wir in allen Fällen noch in offenem, vom Amt unbeantworteten Briefwechsel standen. So tagte im September wieder die Härtefallkommission, die immer dann einberufen wird, wenn das Migrationsamt Härtefälle ablehnen möchte. Wie auch in den letzten Jahren hat die Kommission die Entscheide des Migrationsamts korrigiert. Zwei der Gesuche hat sie gutgeheissen, das dritte wurde für weitere Abklärungen zurück ans Migrationsamt gegeben.

Keine Sicherheiten im Härtefallverfahren

Die Fälle sind also auch nach bald zwei Jahren noch nicht abgeschlossen. Zwei

warten jetzt noch auf die Bestätigungen ihrer Gesuche durch das Staatssekretariat für Migration, und eine Person muss nach wie vor auf den Entscheid des Kantons warten. Für eine abschliessende Analyse und ein Fazit zum Testlauf warten wir die definitiven Antworten aller Fälle ab. Es ist aber jetzt schon absehbar, dass der Testlauf als gescheitert angesehen werden muss.

Zwei der Ziele für eine neue Härtefallregelung in Basel-Stadt waren: einfachere Verfahren und mehr Rechtssicherheit. Mit bis zu zwei Jahren und länger dauernden Verfahren und negativen Antworten in über einem Viertel der Gesuche, die zuvor anonym positiv bewertet wurden, können diese Ziele sicherlich nicht als erreicht gewertet werden. Die Unsicherheit scheint somit auch bei den Härtefallverfahren weiterhin die ständige Begleiterin der Sans-Papiers zu bleiben.

Lange Wege und beharrliche Arbeit

Bei all der Unsicherheit lassen sich auch ein paar Gewissheiten ausmachen: Zum einen sind die Wege, um politisch etwas für die Verbesserung der Sans-Papiers-Situation zu erreichen, nach wie vor lange und beschwerlich. Die Widerstände sind, auch in einem Kanton wie Basel-Stadt, gross.

Zum anderen kann jedoch mit beharrlicher und beständiger Arbeit etwas erreicht werden. Es sollten zwar eigentlich Selbstverständlichkeiten sein, aber in einem widrigen Umfeld sind es durchaus wichtige Erfolge, dass zum Beispiel Corona-Tests auch für Sans-Papiers zugänglich sind und dass letztes Jahr sieben Sans-Papiers in Basel eine Härtefallbewilligung erhalten haben.

Sicher ist: Wir bleiben auch in unsicheren Zeiten beständig, sowohl in der Begleitung der Sans-Papiers, als auch in der politischen Arbeit.

Eva, Fabrice, Laura, Olivia, Roberto, Ursina

Das Team der Anlaufstelle für Sans-Papiers

«Finanziell ist es immer noch sehr eng»

In der letzten Ausgabe habe ich berichtet, wie es mir und meiner Familie während dem Lockdown ergangen ist. Was hat sich seither verändert und warum sind die Sommermonate immer ein Problem?

Vor Corona hatte ich 15 verschiedene Putzjobs in Privathaushalten. Mit dem Lockdown brachen alle diese Jobs bis auf zwei weg. Nur dank der finanziellen Unterstützung der Anlaufstelle haben meine Familie und ich diese Monate überstanden. Seit dem Ende des Lockdowns konnte ich zum Glück einige Arbeitsstellen wieder aufnehmen. Andere habe ich ganz verloren – mehrerer Arbeitgeber*innen haben sich nicht mehr gemeldet und der Kontakt ist abgebrochen. Von einer Familie habe ich noch den Hausschlüssel, das ist irgendwie seltsam.

Bekannt in der Nachbarschaft

Erfreulich ist, dass drei neue Arbeitgeber*innen hinzugekommen sind. Darüber bin ich sehr froh. Es kam wie immer über Mund zu Mund Empfehlungen zustande, das heisst, ich wurde weiterempfohlen. Die meisten meiner Jobs sind bei Familien im gleichen Quartier. Man kennt mich inzwischen in der Nachbarschaft. Es sind Familien mit zwei oder mehr Kindern. Beide Elternteile arbeiten viel, auch die Mütter, zum Beispiel bei Novartis, Roche, als Lehrerin oder als Ärztin.

Arbeiten ohne Ablenkung

Einige Arbeitgeber*innen arbeiten noch im Home Office. Wenn ich zum Putzen komme, gehen sie für zwei Stunden weg und lassen mich allein. Das müssten sie von mir aus nicht tun, aber – um ehrlich zu sein – ich arbeite tatsächlich am liebsten allein. Dann fühle ich mich nicht kontrolliert und kann mich gut konzentrieren. Ich putze gern ganz ohne Ablenkung. Mit Radio oder Musik geht zum Beispiel gar nicht. Mein Mann lacht mich immer aus deswegen, aber ich habe es einmal getestet, es ist eindeutig: Mit Musik bin ich weniger effizient und sauge plötzlich dreimal unter dem Bett.

Finanziell ist es leider immer noch sehr eng. Wir brauchen noch ein bisschen Unterstützung von der Anlaufstelle. Ich musste mit dem Kleinen zweimal in die Zahnklinik und diese Rechnungen sind noch offen. Und im August konnten wir die Krankenkassenprämien nicht be-

zahlen. Die Sommermonate sind immer schwierig, weil viele Arbeitgeber*innen dann in den Ferien sind und ich nichts verdiene. Jedes Jahr ist das ein Problem.

Mein Traum von einer Woche Ferien

Unsere Familie konnte in den Sommerferien keine grossen Sprünge machen. Wir waren eine Woche mit dem Zelt auf einem Campingplatz in der Region. Ich bin dann von dort aus zur Arbeit gefahren. Richtige Ferien hatte ich seit zehn Jahren nicht mehr. Das wäre ein grosser Traum von mir, einmal eine ganze Woche gar nicht an die Arbeit denken zu müssen. Meine Freundin sagt, ich solle meine Arbeitgeber*innen mal darum bitten. Aber ich traue mich nicht. Vielleicht hätte ich mehr Selbstbewusstsein, wenn ich eine Bewilligung hätte.

Für die Zukunft brauche ich unbedingt noch ein paar zusätzliche Jobs. Am besten mit wöchentlichen Einsätzen von mehreren Stunden, statt nur einmal im Monat.

Einen neuen Arbeitgeber habe ich, aber der behagt mir nicht: Bereits dreimal hat er den vereinbarten Termin kurz vorher abgesagt, da war ich schon unterwegs zu ihm. Das ist sehr ärgerlich. Mühsam sind auch jene, die ihre Termine immer wieder verschieben. Das wird bei meinem Wochenplan sofort kompliziert.

Bitte kein zweiter Lockdown

Langsam spüre ich eine gewisse Coronamüdigkeit. Das ständige Desinfizieren, die Masken, die Vorsicht. Ich gehe überhaupt nicht mehr gern einkaufen. Aber es hilft mir, wenn ich an den Lockdown zurückdenke. Das war eine schwierige Zeit für mich und meine Familie, zu fünft eingesperrt in unserer Zweizimmerwohnung. Es war eine Zeit mit grosser Sorge, Angst und Enge.

Wir müssen einen zweiten Lockdown unbedingt verhindern. Wir sollten vorsichtig sein, uns an die Regeln halten und einander unterstützen, nicht nur an uns selber denken. Ich glaube, wenn wir alle verantwortlich handeln, kommt es gut.

Dolmaa Damdin

Aufgezeichnet von Barbara Hauenstein



Illustration: Tom Maler

«Diese Demo ist etwas Besonderes, es geht um uns»

Warum ich nicht an der Demonstration gegen Rassismus teilnehmen konnte und wie schwer das für mich war. Denn gerade Schwarze Sans-Papiers in der Schweiz haben reichlich Erfahrung mit Polizeigewalt.

Black Lives Matter (BLM) ist eine dezentrale Bewegung, die sich für den Protest gegen Vorfälle von Polizeibrutalität und jegliche rassistisch motivierte Gewalt gegen Schwarze auf der ganzen Welt einsetzt. Die Bewegung hat im Juli 2013 mit dem Hashtag #BlackLivesMatter in sozialen Medien nach der Erschießung und dem Tod des damals 17-jährigen Afroamerikaners Trayvon Martin begonnen. Weltweite Anerkennung und Aufmerksamkeit erlangte sie im Jahr 2020 nach der Ermordung von George Floyd durch den Polizeibeamten Derek Chauvin aus Minneapolis.

Die Popularität von Black Lives Matter hat sich auf Europa und viele Teile der Welt ausgeweitet, was dazu führte, dass viele unautorisierte Demonstrationen in verschiedenen Städten stattfanden, um Solidarität zu zeigen.

Nach dem Tod von George Floyd und der weltweiten Solidarität las ich in verschiedenen Flyern, Social Media Posts und Flugblättern über die geplanten Demonstrationen in der ganzen Schweiz. Als Einwohner der Schweiz (Basel) und als aktiver politischer Teilnehmer der Sans-Papiers-Bewegung hatte ich ein grosses Interesse daran, an diesen Demonstrationen teilzunehmen. So begann ich die Organisatoren und andere gut informierte Personen zu kontaktieren, um detaillierte Informationen zu erhalten. Meiner Meinung nach wäre es auch eine gute Gelegenheit, meine eigenen täglichen Erfahrungen mit Rassismus in der Schweiz aus der Perspektive von Menschen ohne geregeltem Aufenthalt einzubringen.

Ein paar Tage vor der Demonstration telefonierte ich mit einem meiner engen Freunde und er warnte: «Niemand weiss, wie die Polizei auf diese Demonstration, die ja ihre Arbeitsweise kritisiert, reagieren wird. Gut möglich, dass viele Polizistinnen und Polizisten anwesend sind und dass sie Kontrollen durchführen.»

Das hatte ich nicht erwartet und es war schwierig, dies zu akzeptieren. Ich habe schon an verschiedenen Demonstrationen teilgenommen, ich weiss, dass es immer Angst und Besorgnis gibt, aber diese Kundgebung hier ist etwas Besonde-

Eine ganze Reihe von Schwarzen ohne Papiere hier in der Schweiz hat reichlich Erfahrung mit Polizeibrutalität, aber es wird ihnen verwehrt, sich zu äussern. So fühle ich mich. Und es fühlt sich falsch an.



Black Lives Matter Demonstration in Basel, 6. Juni 2020.

Foto: Bajour.ch

res, es geht um uns, es geht um Schwarze Menschen, es geht um unsere alltäglichen Herausforderungen – wie kann ich mich davon distanzieren? Wie können wir unsere Ängste und Herausforderungen in dieser entscheidenden Zeit zum Ausdruck bringen?

Niemand wusste, wie die Polizei auf diese Demo reagieren würde.

Ich habe mir viele Fragen gestellt und keine guten Antworten gefunden. Aber mir wurde klar, dass wir mit einer langen unsichtbaren Kette gefesselt sind und dass jede unserer Bewegungen von anderen kontrolliert werden kann.

Als Schwarze Person, als Person ohne Papiere, als Person, die in Angst und Furcht lebt, ist «Black Lives Matter» nicht einfach ein Slogan. Es ist etwas, das Aufmerksamkeit und viel Arbeit braucht, damit es sich ändert!

Wie auch immer. Wie ich schliesslich von verschiedenen Teilnehmenden erfahren habe, waren mehr als 5000 Menschen in Basel an dieser unbewilligten Kundgebung gegen Rassismus. Die Demonstrierenden trugen Schilder mit der Aufschrift «Black Lives Matter» oder «White Silence = Violence». Die Rednerinnen und Redner berichteten von ihren alltäglichen Erfahrungen mit Rassismus in der Schweiz. Ein Freund erzählte mir, wie eine von Polizeibrutalität betroffene Frau an der Demonstration erklärte: «Rassismus ist bei weitem kein rein amerikanisches Problem». Meine Worte!

Adama Traore

«Ich frage mich ständig: Wer ist der nächste?»

Warum ich im Juni an der Black Lives Matter Kundgebung in Basel teilgenommen habe. Und wie speziell es war, als Schwarze für einmal nicht in der Minderheit zu sein.



Abschluss der Black Lives Matter Demonstration auf der Dreirosenanlage, 6. Juni 2020.

Der Aufruf für die Kundgebung kam per Whatsapp. Ich gehe sonst eigentlich nicht an Demos. Aber in diesem Fall war für mich sofort klar: Ich gehe auch auf die Strasse. Ich will mein Schwarzes Gesicht zeigen. Aus Solidarität.

Auslöser war das Video vom gewaltsamen Tod von George Floyd. Auch ich habe es gesehen und war erschüttert. Auch die Übertragung seiner Beerdigung habe ich geschaut, fast zwei Stunden lang. George Floyd könnte mein Bruder sein. Ich frage mich ständig: Wer ist der nächste?

In der Minderheit

Auf dem Barfi die grosse Überraschung: Eine riesige Menschenmenge hatte sich versammelt. Und es wurden immer mehr. Der Demo-Zug hat sich dann langsam in Bewegung gesetzt. Am eindrücklichsten war es auf der Mittleren Brücke, als alle gemeinsam niederknieten.

Wir waren über 5000 Menschen. Und so viele Schwarze. Das war schon speziell. Normalerweise ist man als Schwarze in der Schweiz in der Minderheit. Ich weiss nicht, wann ich das zuletzt umgekehrt erlebt habe, ich glaube es war einmal an einem Reggae-Konzert in Basel.

Es ist wichtig zu verstehen: Rassismus ist kein amerikanisches Problem. Diskriminierung und Gewalt gegen Schwarze gibt es überall, auch in Brasilien, wo ich herkomme. Dort ist die Bevölkerung auf den ersten Blick sehr durchmischt. Aber wenn man genauer hinschaut, stellt man

die Ausgrenzung fest. Etwa an der Uni, dort kann man die Schwarzen Studierenden an einer Hand abzählen. Meine Nichte macht zurzeit einen Post Doc. Sie ist die einzige Schwarze auf dem ganzen Campus.

Am Ticketschalter im Stadtcasino

Auch hier in der Schweiz erlebe ich Rassismus und Vorurteile. Einmal wollte ich mit Freundinnen an ein Konzert des Sinfonieorchesters im Stadtcasino, ein bekannter Brasilianischer Dirigent war angekündigt. Am Ticketschalter schaute mich die Verkäuferin eindringlich an und sagte: «Aber Sie wissen schon, das ist klassische Musik.» Ich war kurz sprachlos, dann erwiderte ich: «Ja genau, von Ludwig van Beethoven, Franz Liszt und Franz Schubert, richtig?» Meine Freundin war aufgebracht und sagte mir nachher, ich hätte mich mehr wehren sollen. Aber ich mag nicht diskutieren, das ist nicht meine Art.

Oder die Sache mit den Fussgängerstreifen: Immer wieder passiert es mir, dass ich um ein Haar angefahren werde, als wäre ich unsichtbar. Ist es bloss Eibildung? Jedenfalls sind mir Lichtsignale deutlich lieber, wenn ich die Strasse überqueren muss.

Weisse Solidarität

Was ich sehr positiv finde, ist, dass so viele Weisse sich solidarisieren und mitkämpfen. Kürzlich habe ich von einem neuen

Film gelesen über die Schauspielerinnen Jean Seberg, den möchte ich unbedingt im Kino schauen. Es geht darum, wie sie sich damals der Black-Panther-Bewegung angeschlossen hat. Das wusste ich nicht.

George Floyd könnte mein Bruder sein.

Auch weisse Künstler wie Bob Dylan und Marlon Brando haben die Schwarze Bürgerrechtsbewegung unterstützt.

Eher pessimistisch

Ich finde es toll, dass Black Lives Matter eine starke Bewegung ist, besonders in den USA. Aber ob sich wirklich etwas ändert, da bin ich ehrlich gesagt eher pessimistisch. Ich halte es mit Bob Marley, der gesagt hat: «So lange die Hautfarbe eines Menschen mehr zählt, als das Strahlen seiner Augen, wird es Krieg geben.» Ich glaube, Weisse werden sich immer überlegen fühlen. Klar gibt es Verbesserungen, die Ausgrenzung ist nicht mehr so offensichtlich wie zur Zeit der Apartheid. Aber heute sind die Grenzen einfach subtiler.

Es macht mich traurig, dass es heute immer noch zu solchen Gewalttaten kommt. Ich denke dabei an das Zitat von Martin Luther King, das ich sehr mag: «Wir haben gelernt wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen, doch wir haben die einfache Kunst verlernt: wie Brüder und Schwestern zu leben.»

Marli Joaquim

Aufgezeichnet von Barbara Hauenstein

Die Regularisierung der Ausbeutung

Mitten in der Corona-Krise will die italienische Regierung den Aufenthalt irregulär arbeitender Migrant*innen regularisieren. Doch diese Regularisierung hat sich als völlig unzureichend entpuppt.

Der Auftritt von Landwirtschaftsministerin Teresa Bellanova an der Pressekonzferenz zur Ankündigung des Regierungsdekretes Mitte März 2020 glich dem einer Protagonistin eines herzzerreissenden Hollywoodstreifens. Unter Tränen verkündete sie, dass endlich Gerechtigkeit geschaffen werde, denn alle migrantischen Arbeiter*innen hätten nun die Möglichkeit, ihren Aufenthalt zu regularisieren und so aus der Unsichtbarkeit zu treten. Ministerin Bellanova arbeitete in ihrer Jugend selbst als Landarbeiterin, wurde später zu einer Gewerkschaftsfunktionärin in diesem Sektor und schliesslich Abgeordnete des italienischen Parlaments für die Demokratische Partei. In dieser Funktion stimmte sie dann – trotz ihrer eigenen Erfahrung – zahlreichen fatalen Reformen zu, die die Flexibilisierung und Prekariisierung des italienischen Arbeitsmarktes in den letzten Jahren vorantrieben.

Den Arbeitskräftemangel beheben

Der Zeitpunkt des Dekretes kam nicht von ungefähr: Der Corona-Lockdown hatte im Landwirtschaftssektor einen Arbeitskräftemangel verursacht. Es war den Arbeiter*innen aus Osteuropa aufgrund der vorübergehenden Schliessung des Schengenraumes nicht mehr möglich, für die Sommersaison nach Italien zu reisen, so wie dies normalerweise jährlich über 100'000 Rumän*innen tun, was über ein Drittel der gesamten Arbeitskraft in diesem Sektor ausmacht. Der Versuch, diese Arbeitskräfte über den sogenannten «grünen Korridor» zu «importieren», scheiterte sowohl an der sich stetig verschlimmernden Gesundheitssituation Italiens, als auch an den Schwierigkeiten, mit der rumänischen Regierung ein Abkommen zu finden. Zudem wurde es den migrantischen Landarbeiter*innen aufgrund der beschränkten Bewegungsfreiheit auch innerhalb Italiens verunmöglicht, die Felder zu erreichen, auf denen ihre Arbeitskraft benötigt wurde.

Zwar blieben die Grenzen zwischen

den Regionen während des ganzen Lockdowns für diejenigen Menschen offen, die sich aus Arbeitsgründen bewegen mussten. Aber dafür war eine spezielle Bescheinigung notwendig, die an einen Arbeitsvertrag gebunden war. Da viele Landarbeiter*innen aus dem afrikanischen Kontinent keine Aufenthaltsbewilligung und somit keinen Arbeitsvertrag besitzen (offizielle Schätzungen gehen von rund 200'000 migrantischen Landarbeiter*innen ohne geregelten Aufenthalt aus), konnten sie die Gemeinde nicht verlassen, in der sie gerade fest-sassen.

Normalerweise kommen 100'000 Rumän*innen für die Erntezeit nach Italien.

Die Gründe für die plötzliche Kehrtwende der italienischen Regierung in Sachen Regularisierung waren also offensichtlich: Da rund 40% der Ernte zu verfallen drohte, die grossen Agro- und Detailhandelsunternehmen jedoch gerade während des Lockdowns steigende Nachfrage und somit Profite erlebten, wollte die Politik dem Mangel an Arbeitskräften ein Ende setzen. Die Regularisierung der arbeitenden Sans-Papiers wurde als Möglichkeit präsentiert, diese Lücke zu schliessen.

Das Abhängigkeitsverhältnis bleibt

Bei der Publikation des Regierungsdekretes wurde schnell klar, dass in keiner Weise eine umfassende Regularisierung von illegalisierten Menschen angestrebt wurde, sondern schlicht eine Lösung des vorübergehenden Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft und im Care-Bereich. In letzterem Bereich (Pflege, Kinderbetreuung, Reinigung in Privathaushalten) arbeiten ebenfalls rund zwei Millionen Arbeiter*innen, darunter knapp 900'000 Frauen, meist aus Osteuropa, ohne Arbeitsvertrag (allerdings bei weitem nicht alle ohne Aufenthaltsbewilligung). Die geplante Regularisierung war ausschliesslich auf diese zwei Sektoren beschränkt. Für die zahlreichen illegalisierten Menschen, die im Bausektor, im boomenden Bereich der Essenslieferung oder im Tourismussektor arbeiten, sah

das Dekret keine Lösung vor. Zur Orientierung: Insgesamt leben in Italien heute rund 670'000 illegalisierte Menschen.

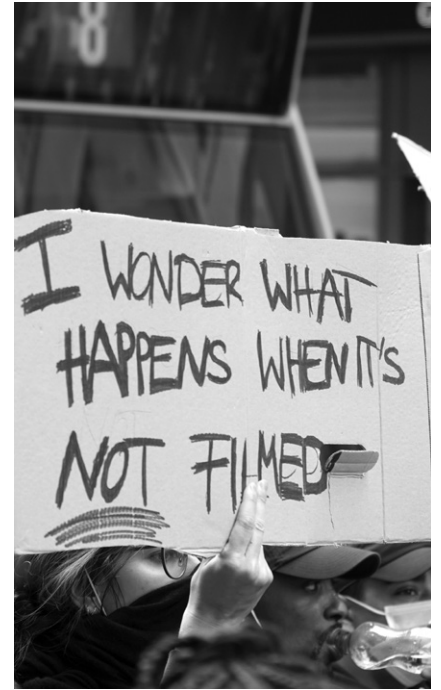
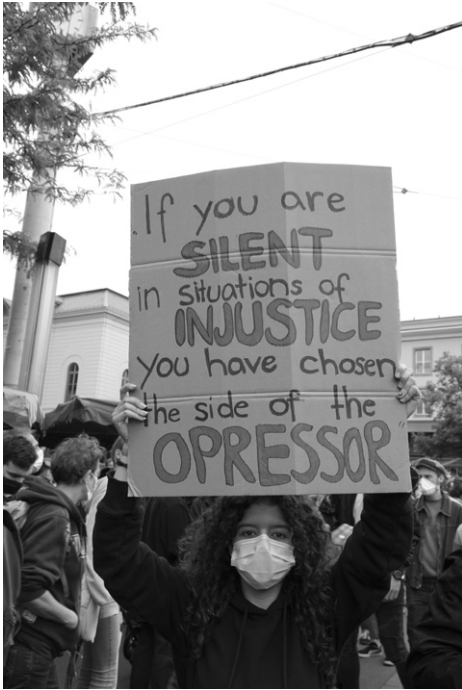
Zahlreiche Hürden im Verfahren

Bei der Regularisierung erwies sich die bürokratische Praxis schnell als Hürde: Arbeitgebende eines*r arbeitenden Sans-Papiers mussten erstens ein steuerbares Einkommen von 20'000 Euro jährlich vorweisen, zweitens der*m Sans-Papiers einen Arbeitsvertrag ausstellen und sich drittens bei den Behörden selbst «anzeigen» und eine Gebühr von 500 Euro pro Sans-Papiers bezahlen, um überhaupt die Regularisierung in die Wege leiten zu können.

Daraus folgen mindestens vier Probleme: Erstens haben viele Arbeitgebende ein weitaus höheres steuerbares Jahreseinkommen als 20'000 Euro, doch sie deklarieren oft weniger, um Steuern zu umgehen. Zweitens zementiert die Regelung die Abhängigkeit der Sans-Papiers von ihren Arbeitgebern. Die Einreichung eines Regularisierungsgesuches ist ausschliesslich von deren Willen anhängig. Wieso sollte ein*e Arbeitgebende*r den Status der arbeitenden Sans-Papiers regularisieren wollen, wenn die Ausbeutung ohne Papiere bestens funktioniert? Ist ein*e Arbeitgeber*in bereit, einen Arbeitsvertrag abzuschliessen, werden – drittens – die 500 Euro zu zahlenden Gebühren meist vom Lohn der migrantischen Arbeiter*innen abgezogen. Und dieser reduzierte Lohn wird dann zum neuen Richtlohn erhoben. Vielen migrantischen Landarbeiter*innen wurde in dieser Phase so tatsächlich der Lohn noch einmal gekürzt.

5000 Euro für gefälschten Arbeitsvertrag

Und viertens führt die Notwendigkeit, einen Arbeitsvertrag vorzuweisen, zur Entstehung eines Schwarzmarktes für Arbeitsverträge: Agenturen, Anwält*innen und Einzelpersonen haben in den letzten Monaten begonnen, Arbeitsverträge für 5'000 Euro zu verkaufen und horrend Profite aus dem Regularisierungsdekret zu generieren. Leider tappen nicht weni-



Teilnehmende an der Black Lives Matter Demonstration in Basel, 6. Juni 2020.

Fotos: Bajour.ch

ge Sans-Papiers aus Hoffnungslosigkeit in diese betrügerische Falle. Trotz ähnlichen Erfahrungen aus den letzten Regularisierungen in den Jahren 2009 und 2012 hat der Staat keine Mechanismen eingeführt, um diesem Betrug einen Riegel vorzuschieben.

Kollektive Regularisierung jetzt!

Das Zeitfenster zur Einreichung der Regularisierungsgesuche war vom 1. Juni bis zum 15. August 2020 offen. Gemäss offiziellem Report des italienischen Innenministeriums wurden gesamthaft 207'542 Gesuche eingereicht. Wie viele davon tatsächlich angenommen werden und zu langfristigen Aufenthaltstitel führen, ist noch unklar, denn die Behörden haben bisher die wenigsten Anträge verarbeitet. Auf den Feldern werden

Man war nicht an langfristigen und umfassenden Lösungen für die Sans-Papiers interessiert.

zwischenzeitlich weiterhin Sans-Papiers eingesetzt, die dank der Aufhebung des Lockdowns wieder im ganzen Land von Region zu Region reisen können.

85% der Gesuche stammen aus dem Care-Bereich, nur 15% aus der Landwirtschaft. Es handelt sich um eine geringe Zahl, die nur rund einem Drittel der von der Regierung versprochenen Regularisierungen entspricht. Die Maschen wurden so eng geknüpft, dass viele Menschen davon ausgeschlossen blieben.

Die mitten in der Corona-Krise beschlossene Regularisierung hat einmal mehr gezeigt, wie Politiker*innen – so viele Tränen sie vor den TV-Kameras auch

vergessen mögen – nicht an langfristigen und umfassenden Lösungen für die Probleme der Sans-Papiers interessiert sind. Nötig wäre – gerade angesichts der Corona-Krise – eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers, unabhängig davon, in welchem Sektor oder ob sie überhaupt arbeiten. Denn nur mit der Regularisierung und den damit einhergehenden Rechten (Gesundheit, Bildung, Soziales) können die Gesundheit und die Sicherheit aller Bevölkerungsteile – unabhängig von Haut- und Passfarbe – garantiert werden.

Maurizio Coppola

aktiv in Napoli bei Potere al Popolo

Die italienweit existierende politische Organisation ist im Sozialen verankert und versucht, Basisinitiativen zusammenzuführen. www.poterealpopolo.org

Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel
Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1, 4058 Basel
basel@sans-papiers.ch / www.sans-papiers.ch
Tel. 061 681 56 10 / Fax. 061 683 04 22

IBAN: CH10 0900 0000 4032 7601 1 / Postkonto: 40-327601-1

Offene Sprechstunde ohne Anmeldung: Di 14-18 Uhr

Redaktion: Barbara Hauenstein & David Rinderknecht
Druck: Rumzeis, Basel

Trägerorganisationen

Basels starke Alternative! (BastA!)
Basler Gewerkschaftsbund (BGB)
Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrés (C.E.D.R.I)
Demokratische Juristinnen und Juristen Basel
Europäisches BürgerInnenforum (EBF)
Frauen für den Frieden Region Basel
Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL)
Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen (IGA)
Solidaritätsnetz Region Basel
Unia Aargau-Nordwestschweiz
VPOD Region Basel